



Amtsgericht Gammersbach

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Montag, 02.03.2026, 11:00 Uhr,
I.. Etage, Sitzungssaal 113, Steinmüllerallee 1a, 51643 Gammersbach

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Lieberhausen, Blatt 10087,
BV lfd. Nr. 1

Gemarkung Lieberhausen, Flur 17, Flurstück 1898, Gebäude- und Freifläche,
Genklerhardt 9, Größe: 970 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich um ein freistehendes, eingeschossiges, unterkellertes Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung in Gammersbach-Bredenbruch, Genklerhardt 9 aus dem Baujahr 1966. Das Grundstück ist mit einem Einfamilienhaus mit Einliegerwohnung nebst Carport für zwei PKWs bebaut. Das Objekt ist vermietet und teilweise eigengenutzt. Die Wohnfläche beträgt rund 193 m². Das Einfamilienhaus ist in massiver Bauweise errichtet. Der Dachboden ist begehbar aber nicht ausbaubar. Der bauliche Zustand ist gut. Es besteht ein geringfügiger Unterhaltungsstau. Die Begutachtung erfolgte nur nach dem äußeren Anschein.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 13.03.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

417.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.